

ANFRAGE von Dr. Jean-Jacques Bertschi (FDP, Wettswil a.A.)

betreffend zur Zukunft der Gebäudeversicherung des Kantons Zürich im Lichte der aktuellen Finanznot

Die Gebäudeversicherung des Kantons Zürich scheint ihre Dienstleistungen - im Urteil der Bevölkerung - kostengünstig und effizient zu erbringen. Ist das so? Äusserungen von Regierungsrat Moritz Leuenberger vom 24.6.93, deren Geist von einer beunruhigend einseitigen Argumentation "pro domo" getragen ist, sowie Diskussionen an der Regensberg-Tagung des HEV Zürich vom 4.1.93 lassen erhebliche Zweifel aufkommen.

Sie weisen auf einen akuten Handlungsbedarf hin.

So verfügt die staatliche Monopolanstalt, welche über 185 Jahre weder Steuern noch Dividenden entrichtet hat, über ein Nettovermögen von rund 790 Millionen. Es liegt rund 500 Millionen über den Erfordernissen, wenn man die sehr strengen Massstäbe der weltweit kapitalkräftigsten Zürcher Versicherungsgruppe zugrunde legt. Kurz: Es wurde zuviel bezahlt! Unbehagen weckt auch die fehlende externe versicherungs- und finanztechnische Kontrolle sowie die wenig transparente Rechnungslegung.

Eine echte Privatisierung (Verkauf resp. Beteiligung privater Versicherungen) bekämpft man u.a. mit diffusen Schlagworten wie "massive Prämien erhöhungen" und "Entsolidarisierung", die einer differenzierten Betrachtung nicht standhalten. Überhaupt ist es erstaunlich, dass eine verwaltungsinterne (!) Gruppe am Modell einer "privaten" AG arbeitet, wobei namhafte Fachleute, die Hauseigentümer, allfällige Kaufinteressenten sowie insbesondere die politischen Parteien (ordnungspolitische Grundsatzfrage!) ausgeschlossen sind. Kein Wunder, dass die Aktien dieser AG zu 100 % in den Händen von Kanton und Gemeinden verbleiben sollen. Dies nichteingedenk der Tatsache, dass längerfristig nur der freie Markt risikorechte, kostengünstige und innovative Produkte schafft. Zur Illustration: Gegenwärtig könnte die Gebäudeversicherung auf die Erhebung von Prämien weitgehend verzichten, da allein schon der Vermögensertrag in einem Normaljahr die Schäden zu decken vermöchte.

Die Zeit drängt, da zu Recht von verschiedenster Seite Druck auf die unnötigen staatlichen Monopole ausgeübt wird. (Mein Vertrauen in das Kostenbewusstsein dieser staatlichen Monopolanstalt wurde überdies durch die aufwendige Zelebrierung des kürzlichen Umzugs mittels einer unnötig aufwendigen Broschüre erschüttert.)

Ich ersuche den Regierungsrat deshalb um die rasche Beantwortung folgender Fragen:

1. Werden die überreservierten rund 500 Millionen des Hauseigentümern rückerstattet (z.B. durch Entlastung des Staatshaushalts beim Brandschutz)?
2. Ab wann kann der Regierungsrat die versicherungs-/finanztechnische Kontrolle endlich auf den allgemein üblichen Stand anheben?
3. Weshalb wird diese Grundsatzfrage zur Privatisierung staatlicher Leistungen nicht in voller Breite kompetent diskutiert, um Volk und Parlament optimal zu beteiligen?
4. Können und werden Kanton und Gemeinden beim allfälligen Verkauf der Gebäudeversicherungs-AG (Wert mehrere 100 Millionen) trotz ihrer prekären Finanzlage ganz oder teilweise mitbieten)

Dr. Jean-Jacques Bertschi